



Berlin, 18.03.2024 – Anlässlich des Referentenentwurfs zum „Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen“ und den Plänen der Bundesregierung, die hausärztliche Versorgung zukünftig verstärkt auch in den Krankenhäusern stattfinden zu lassen, erklären die Bundesvorsitzenden des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes, Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth und Dr. Markus Beier:

„Die Pläne der Bundesregierung, Krankenhäusern zukünftig fast überall die Möglichkeit zu geben, hausärztliche Versorgung anzubieten, wäre ein Dammbbruch und hätte massive negative Auswirkung auf die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung. Wir fordern Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach auf, die Notbremse zu ziehen und diese versorgungspolitische Geisterfahrt zu stoppen!

Die Folge dieses Vorhaben wäre, dass Gelder, die eigentlich Versorgung in den Praxen gedacht sind, zukünftig in die Krankenhäuser fließen würden – vor allem wenn zuvor nicht die Entbudgetierung der hausärztlichen Leistungen endlich umgesetzt wird! Das ist nichts anderes als eine „Verstationärung“ der Versorgung auf Kosten der Praxen und ihrer Patientinnen und Patienten.

Seit Jahren versuchen die Hausärztinnen und Hausärzte und ihre Teams unter schwierigsten Bedingungen die Versorgung der Bevölkerung bestmöglich sicherzustellen. Statt sie zu stärken, wird lieber immer mehr Geld in die ineffizienten Krankenhausstrukturen umgeleitet! Verlierer werden vor allem die Patientinnen und Patienten sein, die statt von ihrer wohnortnahen Hausarztpraxis in anonymen Krankenhäusern versorgt werden. Das werden die Menschen zu Recht nicht wollen!

Es ist mehr als zweifelhaft, ob die Krankenhäuser, die ja nach eigener Aussage in einer tiefen Krise stecken, wirklich bereit sein werden, hausärztliche Versorgung, inklusive der aufwendigen Betreuung der Menschen mit chronischen Erkrankungen, dauerhaft zu übernehmen. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass hier Rosinenpickerei betrieben wird. Die Arbeit würde bei den niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen hängen bleiben, das Geld aber in die Krankenhäuser wandern.

Sollten zukünftig Krankenhäuser Hausärztinnen und Hausärzte in großer Zahl anstellen, dann wird es noch schwieriger als heute schon, Nachfolgerinnen und Nachfolger für die Praxen zu finden. Statt also dafür zu sorgen, dass sich möglichst viele junge Kolleginnen und Kollegen niederlassen und die Menschen versorgen, will die Politik lieber, dass sie in bürokratischen und ineffizienten Krankenhausstrukturen arbeiten. Wenn die Politik glaubt, so die Versorgung von 83 Millionen Menschen in Deutschland sicherstellen zu können, dann wird sie die Folgen dieser Fehleinschätzung leider sehr deutlich zu spüren bekommen.“

Pressekontakt

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.
Bleibtreustraße 24 · 10707 Berlin
☎ 030 887 143 73-60
✉ pressestelle@haev.de
🌐 www.haev.de

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.

Bereits mehr als 30.000 Hausärztinnen und Hausärzte haben sich dafür entschieden, Mitglied in ihrem Hausärzteverband zu werden. Damit ist der Bundesverband mit seinen 18 Landesverbänden die größte berufspolitische Vertretung für Hausärztinnen und Hausärzte in Deutschland. Er vertritt die berufspolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Krankenkassen, in Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.